

Bestellbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben.
Redaktion: 510, 68, Lindenstraße 3
Verlagsredaktion: Dönhofs 292-295
Tel.-Abteilung: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin 510, 68, Lindenstraße 3
Verlagsredaktion: Dönhofs 292-295

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Auswärtige Debatte im Unterhause.

Scharfe Kritik der Arbeiterpartei.

London, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlauf der weiteren Unterhausdebatte ergriff der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Sir Ronald Mac Neil, am Mittwoch das Wort. Er führte u. a. aus: Die gegenwärtige Politik bedarf im wesentlichen der Kontinuität. Die gegenwärtige Regierung trägt die Verantwortung für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten seit nur wenig mehr als zwölf Monaten. Infolgedessen sind alle die Schwierigkeiten und alle Probleme, mit denen sich die jetzige Regierung beschäftigen mußte, nicht entstanden, als diese Regierung die Verantwortung trug, sondern sie sind geerbt worden nicht nur von einer Regierung, sondern von vielen vorangegangenen Regierungen. Mac Neil hob bei dieser Gelegenheit hervor, daß Lord Gren, der einstmalige liberale Außenminister war, es stets vermieden habe, die jetzige Regierung wegen ihrer auswärtigen Politik zu tadeln. Diese Politik ist streng darauf gerichtet gewesen, nach dem Buchstaben und nach dem Geiste des Versailler Vertrages zu handeln. Die Regierung hat ihr Bestes getan, um den Vertrag, die Entente und die Freundschaft mit Frankreich aufrechtzuerhalten und gleichzeitig dem französischen Bundesgenossen klarzumachen, daß man ihn in ihnen Methoden nicht unterstützen könnte. Besonders England hat ihm Märgenheit, daß es bei dem Einspruch verharre, den Bonar Law gegen die Ruhrpolitik erhob, es weiterhin ablehne, irgendeinen Anteil an dieser Politik zu tragen und sich im Gegenteil von all den Konsequenzen dieser Politik loszulösen.

Bezüglich der Separatistenbewegung im besetzten belgischen Gebiet erklärte Mac Neil, daß die britische Regierung den Standpunkt eingenommen hätte, keiner separatistischen Bewegung, die auf die Unabhängigkeitserklärung eines Staates, der einen Bestandteil des deutschen Reiches bildet, hinausläufe, ihre Sanktion zu erteilen. Wenn aber das, was gefordert wurde, nicht die Separation, sondern die Errichtung autonomer Staatswesen innerhalb des deutschen Reiches sein würde, dann wäre dies eine Sache, in die sich die britische Regierung nicht einmischen würde, vorausgesetzt aber, daß ein genügender Beweis dafür vorliege, daß es sich um den Willen der Bevölkerung handle.

Es ist zum größten Teil dem Einfluß der britischen Regierung und ihrer weitgehenden Unterstützung durch die belgischen Bundesgenossen zu verdanken, daß die Bewegung in dem größten Teil des belgischen Gebietes ihr natürliches Ende bereits gefunden hat. In der Pfalz hat die Bewegung etwas größere Dimensionen angenommen, aber die britische Regierung ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die dortige Bewegung, welchen Charakter sie auch in ihrem Anfangsstadium gehabt haben möge, jedenfalls jetzt keine ehrliche Bewegung ist. Die britische Regierung hat einen Vertreter nach der Pfalz entsandt, um eine Untersuchung vorzunehmen, aber bis heute morgen keinen Bericht von ihm erhalten. Es sei zu hoffen, daß diese Informationen einen Fortschritt bedeuten würden, der die Regierung in die Lage versetzt, zu einem klaren Entschluß bezüglich der zu unternehmenden Schritte zu gelangen.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde an den Handelsminister Sir Philip Lloyd George eine Frage bezüglich der Rückwirkung der deutsch-französischen Industrieabkommen auf die belgischen Interessen gerichtet. Der Minister antwortete, daß die belgischen Interessen berührt werden könnten, sowohl durch unmittelbare Stahloerläufe der französischen und belgischen Regierung wie auch mittelbar durch das Vorhandensein von angehäuftem Stahls in Rohmaterialien in dem besetzten Gebiet. Diese Stahls seien außerordentlich groß, ihr Wert würde auf 2 bis 4 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Entsprechende Vorstellungen seien deshalb bereits von der englischen Regierung erhoben worden mit dem Ergebnis, daß Frankreich und Belgien der Entsendung einer Mission von englischen Beamten und Vertretern des Stahls- und Eisenhandels in das Ruhrgebiet zur Prüfung dieser Frage zugestimmt hätten. Die englische Regierung habe angeregt, daß, falls über diese Stahls verfügt werden sollte, dies durch eine Art internationaler Verteilungsbehörde geschieht. Unter dessen sei vereinbart worden, daß die englische Regierung die vollständigen Informationen über alle von der französischen und belgischen Regierung zu erteilenden Ausführungen aus dem besetzten Gebiet erhalten würde. Die bisher von der französischen Regierung in ihrer Zone getroffene Regelung gehe dahin, daß die Vögen, die sie für die Ausfuhr von Stahl zu erteilen beabsichtige, den Stand des durchschnittlichen Exports im Jahre 1922 nicht überschreiten dürfe. Bisher hätten weder Frankreich noch Belgien bedeutende Mengen von Stahl im Ruhrgebiet beschlagnahmt. Was aber auf die Dauer viel ernstlicher sei, das wäre die Möglichkeit einer Vereinbarung zwischen den französischen und den deutschen Industriellen über die zukünftige Ausbeutung des Gebietes.

Thom Shaw gegen Mac Neil.

London, 17. Januar. (W.B.) In der gestrigen Unterhausdebatte über die Thronrede griff der Arbeiterführer Thom Shaw, der nach Mac Neil sprach, die Politik der konservativen Regierung scharf an. Er sagte, eine Politik, die dazu geführt habe, daß mindestens eine Million Menschen mehr unter den Waffen gehalten werden als im Jahre 1914, dürfe nicht fortgesetzt werden. Shaw behauptete, daß in der Thronrede nichts über die Anerkennung Rußlands gelangt werde. Je eher eine Regierung gebildet werde, die die britische Politik mit Bezug auf Rußland ändere, um so besser würde es für England sein. Shaw fragte, ob eine Fortsetzung der Politik gewünscht werde, die das Ansehen Großbritanniens auf einem niedrigeren Stand denn je gebracht habe.

Shaw erklärte weiter, es gebe keinen Mann und keine Frau auf den Bänken der Arbeiterpartei, die Feinde Frankreichs seien. Im Gegenteil müßten sie alle die herzlichsten Beziehungen zu Frankreich haben. Was meine ich, Mac Neil, wenn er von einem Zusammenwirken mit Frankreich spreche? Dieses Zusammen-

wirken mit Frankreich gehe dahin, letzterem stets zu gefallen, das zu tun, was es wolle. Wann wäre Großbritannien je so tief gesunken, wie jetzt, da man ihm auf seine Vorschläge sage, wir werden Deine Vorschläge nicht erwägen. Dies sei kein Zusammenwirken. Es sei sicher richtig, Frankreich mit der größten Freundlichkeit zu sagen, England erwarte, daß es bei der Erörterung internationaler Angelegenheiten als vollkommen gleichberechtigt behandelt werde. Das bedeute nicht, die Entente zu brechen, es bedeute vielmehr, sie zusammenzukitteln. Nunmehr aber höre man kein Wort mehr über die Erwägung der britischen Erklärung über die Ungeheuerlichkeit der Ruhroperation Frankreichs. Die Politik Frankreichs im Ruhrgebiet habe Frankreich selbst nicht das gebracht, was es erwartet habe. Frankreich habe nicht die Reparationen erhalten, die es beanspruche. Europa sei vom Frieden weiter entfernt als im Jahre 1918. Wie lange solle das noch fort-dauern? Es würde kein Mangel an Freundschaft für Frankreich sein, wenn man sage, daß die gesamte Frage der richterlichen Entscheidung des Völkerbundes unterbreitet werden solle. Frankreich könne England keine Schulden bezahlen, weil es keine Reparationen erhalte; es könne aber zur gleichen Zeit anderen Nationen Geld für Rüstungsankaufe leihen. England könne Frankreich gegenüber ganz gut Vorstellungen in der Richtung erheben, daß dies nicht der beste Weg sei, um den Frieden zu sichern. Man behaupte, daß die Aktion Deutschlands durch den Wunsch eingegeben sei, seinen Verpflichtungen zu entgehen. Die Wahrheit sei, daß für die von den deutschen Durchschnittsarbeiter verdienten Löhne nicht mehr gekauft werden könne als der dritte Teil oder die Hälfte der Lebensmittel, die er vor 1914 dafür habe kaufen können.

Am Vorabend der Arbeiterregierung.

London, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Rührtrauensantrag der Arbeiterpartei wird bekanntlich heute nachmittag von Cines eingebracht und begründet werden. Sowohl die Konservativen wie auch die Arbeiterpartei hätten es vorgezogen, wenn die Abstimmung darüber bereits am morgigen Freitag hätte stattfinden können, aber die um ihre Auffassung befragten Liberalen waren der Ansicht, daß so zahlreiche Mitglieder ihrer Fraktion noch das Wort in der Debatte ergreifen möchten, daß ein Abschluß vor Montag nicht möglich sein würde. Es ist infolgedessen endgültig vereinbart worden, daß die entscheidende Abstimmung, die den Rücktritt der gegenwärtigen Regierung zur Folge haben soll, am Montag kurz vor Mitternacht stattfinden wird.

Die heutigen Morgenblätter prophezeien eine Mehrheit von 60 bis 70 Stimmen gegen die Regierung.

Bestern abend sprach einer der Führer der Liberalen im Oberhaus, Lord Beauchamp, in einer liberalen Parteiversammlung und erklärte u. a., daß es die Pflicht der Liberalen Partei sei, sich gegenüber den Bemühungen der Labour Party in der Regierung nicht nur fair-play-artig sondern sogar großmütig zu verhalten.

Die mit Bestimmtheit verlautet, dürfte Baldwin bereits am Tage nach seiner Niederlage im Unterhaus das Feld räumen und Macdonald die Regierung übernehmen. Eine der ersten Handlungen Macdonalds würde sein, das Parlament auf drei Wochen zu vertagen, um sich und den Mitgliedern seines Kabinetts die Möglichkeit zu geben, sich etwas in die Regierungsgeschäfte einzuarbeiten, bevor sie wieder vor dem Parlament erscheinen. Bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments soll der Etat für das Jahr 1924 durch Philipp Snowden, der allgemein als der kommende Schatzkanzler gilt, eingebracht werden.

Jaspar über die deutsche Frage.

Brüssel, 16. Januar. (W.B.) Der Minister des Auswärtigen erklärte während der Debatte über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen im Senat, die allgemeine Politik der Regierung werde vollkommen von der deutschen Frage beherrscht. Wir haben alles getan, um nicht in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Wir haben uns einfach bemüht, Deutschland zum Zahlen zu zwingen.

Der Minister gab dann seiner Hoffnung Ausdruck, daß Belgien, ähnlich wie mit Frankreich, mit England einen Defensivvertrag schließen werde und außerdem einen Vertrag zu Dreien, der den Frieden sichere. Sodann behauptete er, die Rüstungen des Deutschen Reiches überschritten bereits den vom Versailler Vertrag gezogenen Rahmen. Die Kontrolle der Entlohnung sei wesentlich, und Belgien werde alle in dieser Hinsicht nützlichen Maßnahmen entweder mit allen Mächten oder mit dem einen oder anderen von ihnen treffen, falls sie in dieser Frage uneins seien; denn es handle sich um die Sicherheit Belgiens.

Stille Börse.

An der heutigen Effektenbörse fehlte das Geschäft zunächst wieder schlagend und lustlos ein. Die Börse hielt sich anfanglich auf der gestrigen Höhe, denn trotz reichlicher Besetzung ein. Das Geschäft beschränkte sich in der Hauptsache auf die Börsenreise selbst. Mit einer gewissen Genugtuung konstatiert man, daß nach allen vorliegenden Nachrichten die allgemeine Wirtschaftslage, besonders der Beschäftigungsgrad der Industrie, sich von Woche zu Woche etwas bessert.

Die Geldmarktlage ist unverändert; tägliches Geld war heute mit 4 bis 1/2 Proz. zu haben. Im Devisenverkehr zeigte sich keine nennenswerte Veränderung.

Prager Bündnispolitik.

Von Rudolf Illong.

Prag, 15. Januar 1924.

Nachdem schon das französisch-tschechische Bündnis großes Aufsehen in ganz Europa hervorgerufen hatte, wurde den Beratungen der Kleinen Entente in Belgrad mit vermehrter Spannung entgegengesehen. Man behauptete, daß in Belgrad dieser Bündnisvertrag in eine Allianz der ganzen Kleinen Entente mit Frankreich umgewandelt werden soll und daß außerdem weittragende Beschlüsse über die rechtliche Anerkennung Sowjetrußlands herbeizuführen. Was die erstere Annahme anlangt, so wurde bereits mehrere Tage vor der Eröffnung der Belgrader Konferenz offiziell erklärt, daß in Belgrad zwar das französisch-tschechische Bündnis zur Sprache kommen werde, jedoch eine Erweiterung dieses Bündnisses auf Jugoslawien und Rumänien überhaupt nicht beabsichtigt sei.

Die Belgrader Konferenz hat in der Frage der Anerkennung Rußlands beschlossen, daß die Regierungen der Kleinen Entente abwarten wollen, welchen Standpunkt England und Italien in dieser Frage einnehmen werden. Im übrigen wurde den einzelnen Staaten freie Hand gelassen, und so kann ein jeder nach Belieben früher oder später mit Rußland verhandeln.

Der zwischen der Tschechoslowakei und Rußland bestehende Handelsvertrag ist nach den Worten des Außenministers Dr. Benesch bereits eine Anerkennung Rußlands de facto. Benesch ist aber auch ein eifriger Anhänger der Anerkennung Sowjetrußlands de jure. Voraussetzlich wird sehr bald nach der von Macdonald angekündigten Anerkennung Sowjetrußlands durch England auch die Anerkennung durch die Tschechoslowakei erfolgen.

Beneschs Plan ist die Schaffung eines Bündnisses in Europa, durch dessen gegenseitige Verknüpfung der Friede gegen Störungsversuche der Reaktion gesichert wäre. Die Habsburger, Hohenzollern und Wittelsbacher betrachte man hierzulande als die Sünder, gegen deren Restaurationspläne das Bündnis der Tschechoslowakei mit Frankreich gerichtet ist. Es ist dies also keine Eintreibung Deutschlands, sondern eine Abwehrmaßnahme gegen die den jetzigen politischen Zustand in Europa bedrohenden monarchistischen Umtriebe. Die Behauptung, daß die Tschechoslowakei in ein Vasallenverhältnis zu Frankreich getreten wäre und ihm gegen Deutschland in der Ruhr- und Reparationsfrage Hilfe leisten soll, ist eine lächerliche Erfindung. Das bisherige gutnachbarliche und korrekte Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland wird auch nach dem Abschluß des tschechisch-französischen Bündnisvertrages weiter aufrechterhalten werden, und an ihm wird diese Allianz nicht das geringste ändern.

„Die Tschechoslowakei verpflichtet sich in dem Vertrage mit Frankreich nur zur Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes in Europa und auf Grund dessen ist sie bereit, an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mit wem auch immer zu arbeiten“, erklärte Dr. Benesch zu den Journalisten in Belgrad. Ebenso wie mit Frankreich ist Benesch gewillt, ein ähnliches Bündnis mit England und Italien wann immer abzuschließen. Die auf der Belgrader Konferenz angekündigte jugoslawisch-italienische Annäherung hat sich nach der jetzt erfolgten Lösung der strittigen Fiumaner Frage zu einem Bündnis Jugoslawiens mit Italien verdichtet. Die Tschechoslowakei trachtet auch mit Polen nach der bereits zugunsten der Tschechoslowakei ausgefallenen Entscheidung über die Jaworino-Frage in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten, obwohl das französisch-tschechisch-polnische Bündnis eine eiferfüchtige Verstimmung in Warschau zur Folge hatte.

In Belgrad wurde auch die Sanierung der Finanzen Ungarns durch die Kleine Entente besprochen und über Kontrollmaßnahmen beraten, die angewendet werden sollen, damit Magyaren diese Anleihe nicht zu militärischen, gegen die Darlehensgeber selbst gerichteten Zwecken, sondern nur zum Aufbau seiner Wirtschaft verwende. Benesch begibt sich jetzt nach London, um dort diese Anleihe für Ungarn abzuschließen. Eine Erweiterung durch Griechenland wird die Kleine Entente nicht erfahren, abgesehen, wie in Belgrad betont wurde, sowohl mit diesem Staate als auch mit Bulgarien, mit dem Jugoslawien fortlaufend Differenzen hat, in ein freundschaftliches Verhältnis treten will.

Schon beim Bekanntwerden des französisch-tschechischen Bündnisses wurde Prag als eine französische Brücke nach Moskau bezeichnet. Wenn auch dieses Bündnis nicht auf einem solchen Plan aufgebaut ist, scheint es doch, daß eine derartige tschechisch-polnische Vermittlung Frankreich nicht unangenehm wäre, da es für diesen Fall von der Sowjetregierung die Anerkennung der zaristischen Schulden in Frankreich erhofft, wodurch der jetzt sinkende Frankfurter erheblich gestützt würde. Man behauptet auch, daß Moskau zu einer solchen Anerkennung der russischen Schulden sehr im Prinzip geneigt sei.

Obwohl einige romantisch veranlagten nationalistischen Politiker die baldige Ablösung der bolschewistischen Regierung in Rußland durch eine neue Zarenherrschaft prophezeien und vor der Anerkennung Sowjetrußlands durch die Tschechoslowakei warnen, ist die Mehrheit der Koalitionsparteien bereit, mit Rußland baldigst in geregelte diplomatische Beziehungen zu treten. Man hält die Sowjetregierung für stark genug, um

nach mehrere Jahre sich am Ruder behaupten zu können. Andererseits glaubt man hier nicht mehr an die Möglichkeit einer bolschewistischen Revolution in Europa — insbesondere nach dem jämmerlichen Scheitern der kommunistischen Putschversuche in Deutschland — und fürchtet auch nicht mehr die kommunistische Propaganda. Man wendet viel mehr Augenmerk der Arbeiterregierung in England zu, von der man eine größere Einflussnahme auf die Gestaltung der sozialen Lage in Europa erwartet, als von der Moskauer Regierung. Mit Befriedigung wurde daher auch der Ausspruch Macdonalds aufgenommen, daß alle Rüstungswettbewerbe durch eine große internationale Verständigung zwischen England, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Deutschland und der Tschechoslowakei abgeleitet werden müssen.

Man erwartet schließlich, daß die normalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland auch auf die tschechischen Kommunisten im guten Sinne einwirken und sie zivilisieren werden. Daher ist es auch nicht ausgeschlossen, daß sich eine neue innerpolitische Konstellation in der Tschechoslowakei daraus von selbst ergeben wird.

Rachschrikt der Redaktion: Es ist für deutsche Leser gewiß von außerordentlichem Interesse zu erfahren, unter welchem Gesichtswinkel die tschechische Sozialdemokratie, eine Partnerin der Bensch-Koalition, die auswärtige Politik ihrer Regierung betrachtet. Daß das Bündnis zwischen Paris und Prag sich keineswegs unbedingt gegen Deutschland auswirken muß, ist auch von uns schon ausgesprochen worden. Indes wird der deutsche Leser einige kritische Bemerkungen nicht unterdrücken können, so z. B. daß die Herrschaft Poincarés eine nicht geringere reaktionäre Gefahr darstellt als die abgehalfterten Dynastien, und daß auch andere Staaten als Ungarn die ihnen gewährten Anleihen besser als zu Rüstungszwecken verwenden könnten. Der Optimismus der tschechischen Genossen im Hinblick auf ihre Kommunisten wird durch deutsche Erfahrungen nicht bestätigt, denn die deutsche Republik hat Sowjetrußland längst anerkannt, ohne daß deshalb die deutschen Kommunisten ihr Verhältnis zu ihr revidiert hätten.

Sozialdemokratie und Wahlfreiheit.

München, 17. Januar. (M.) Die Sozialdemokraten haben im Landtag einen Antrag eingebracht, worin sie fordern, daß die Verordnung der Staatsregierung über die Sicherung der Wahlfreiheit und über die Wabänderung der Ausnahmestufenverordnung vom 26. September noch vor der Beschlussfassung im Plenum über die Wahlfestsetzung dem Landtag unterbreitet werden soll.

Enttäuschung in Thüringen.

Die Bürgerlichen sabotieren die Reichsregierung.

Die „M.Z.“ läßt sich aus Jena melden, in bürgerlichen Kreise Thüringens sei man über die Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der Landesregierung stark enttäuscht. Die bürgerlichen Parteien hätten es deshalb abgelehnt, Mitglieder zu dem fünferauschuh zu ernennen, der an Stelle des bestimmt erwarteten Reichskommissars eingesetzt worden sei. Damit entlarvt sich der „Ordnungsblock“ selbst. Er verrät, daß den Bürgerlichen an einer sachlichen Regelung der strittigen Fragen gar nichts liegt. Ihr Ziel ist die Vergewaltigung der thüringischen Regierung, sie wünschen das widerliche Schauspiel einer Reichsregulierung. Zu diesem Zweck erfind man seit Monaten Schauererzählungen, zu diesem Zweck und nur zu diesem Zweck überließ man den Militärbehörden mit Denunziationen und unsozialen Berichten, aus diesem Grunde rief man den „Schuß“ der Reichsregierung an. Heute, da sie ihre dunklen Pläne durchkreuzt sehen, sabotieren die Bürgerlichen die Anordnungen derselben Reichsregierung.

Die thüringische Landesregierung hat klug gehandelt, als sie dem Kompromiß zustimmte. Sie hat damit die Bürger-

schaft gezwungen, Farbe zu bekennen. Die Politik des Ordnungsblocks geht darauf aus, Landesregierung und Sozialdemokratische Partei durch Provokationen dem Radikalismus zuzutreiben. Dieser Radikalismus soll dann als Vorwand für die eigenen Zwecke dienen. Nichts fürchten die Bürgerblockpolitiker in Thüringen so sehr, als eine besonnene Haltung der sozialdemokratischen Landespartei. Aufgabe unserer Genossen in Thüringen wird es sein, auch diese Intrigen zu durchkreuzen.

Demokraten als völkische Wählermacher.

Wie sehr sich die Demokraten in Thüringen bei der Gründung des „Ordnungs“-Blods haben hineinlegen lassen, zeigt eine Zuschrift in der deutschnationalen Parteikorrespondenz, in der es heißt:

„Selbstverständlich mußten wir darauf bestehen, daß der Zug nach rechts, der unzweifelhaft im Volke besteht, auch bei der Verteilung der Sitze zum Ausdruck kommt. Dies ist einigermassen dadurch geschehen, daß wir voraussichtlich statt mit vier mit sieben Sitzen im Thüringer Landtag einzutreten werden.“

Um den Mandats Hunger der deutschnationalen Konarchisten zu stillen und ihnen eine Handvoll Mandate zuzuschicken, haben also die republikanischen Demokraten den „Bürgerblock“ gründet helfen! Es geht nichts über die christliche Nächstenliebe.

Die Justiz als Verschwenderin.

Wenn Emminger jetzt einen Eingriff in die Rechtspflege unternimmt, der einem Justizstillstand auf einigen Gebieten gleichkommt, so scheint es fast, als wolle die Justiz ihre eigenen, jahrelang geübten Verschwendungssünden auf Kosten des rechtsuchenden Publikums weismachen. Wo und wie ohne Schädigung der allgemeinen Rechtssicherheit — und nicht erst seit heute — hätte gespart werden können, soll hier an einigen Beispielen gezeigt werden.

Der vernünftige Satz des alten römischen Rechts: „Minima non curat praetor“ („Am Bogaleien kümmert sich der Richter nicht“), ist in Deutschland bis heute unbekannt geblieben. Ein trefflicher Strafrechtsexperte, der verstorbene Franz von Bissz, trug in seinem Kolleg unter anderem folgende Fälle aus der Praxis vor: Ein Strafgefangener wurde zu Gefängnis verurteilt wegen Diebstahls, begangen an einem Blatt Schreibpapier, und in unübersehbarem juristischen Scherz wurde das Gericht noch gleich einen zweiten Diebstahl, begangen an der — Tinte, mit der der Unglückselige seinen Brief geschrieben hatte! Kehrsch wurde ein Dienstmädchen verurteilt wegen Diebstahls einer Rebel mit eingefädeltm Zwirn, ein Gefangener wegen Anstehens einer fremden Kerze (Diebstahl an dem verbrannten Stearin!) usw. usw.

Kun, wird der Jurist einwenden, das war vielleicht vor 20 Jahren so, aber heute... Heute ist es genau so, und die Bosartigkeit, mit der mitunter solche Bogaleien durchgeführt werden, illustriert am besten ein Fall aus allerletzter Zeit, der Fall eines Beamten aus dem Reichspensionsamt. Dieser republikanische Beamte hatte erwidert, daß ein gewisser Major a. D. von Holwebe in seiner Dienstzeit ein antirepublikanisches Blatt herstellte und durch rechtsstehende Hilfskräfte vertrieb. Der Beamte hatte ein Exemplar dieses Blättchens im Papierkorb des Herrn Majors gefunden; er übergab es dem Betriebsrat zur weiteren Veranlassung und — erhielt prompt eine Anklage wegen Diebstahls des Blättchens! Mithin: einer untergeordneten Behörde? O nein, diese Strafverfolgung erfolgte auf persönliche Veranlassung des Präsidenten im Reichspensionsamt, v. Jacobi, und des Staatssekretärs v. Welser, die beide natürlich in keiner Weise daran gedacht haben, für die Bloßstellung eines monarchistischen Majors Verantwortung zu übernehmen. Die Sache ging an das Landgericht, das den Delinquenten freisprechen mußte — auf Kosten der Staatskasse (zu deutsch: der Steuerzahler).

Etwas anderes: Vor einiger Zeit petitionierte die Gemeinde D., etwa eine halbstunde von Breslau gelegen, sie möchte aus dem Verband des Landgerichts Dels herausgenommen und dem Landgericht Breslau zugeweiht werden. Zur Begründung war angeführt, daß man, um von der petitionierenden Gemeinde aus Dels zu erreichen, erst mit der Eisenbahn nach Breslau fahren und dort um-

steigen müsse, um nach langem Fußmarsch mit einem zweiten Zug den Gerichtsort Dels zu erreichen. Dagegen liege Breslau auf halbem Wege, würde die Gemeinde dem dortigen Landgericht zugeweiht, so würden Parteien, Zeugen, Geschworene usw. viel Zeit und der Staat damit viel Geld an Zeugengebühren usw. sparen.

Und was antwortete ein preußisches Justizministerium auf dies höchst vernünftige Gesuch? Die Petenten hätten sich zwar recht, aber in der gleichen Lage seien fast alle zum Bezirk des Landgerichts Dels gehörigen Gemeinden. Die meisten hätten nach Breslau einen kürzeren Weg, aber wolle man sie alle zu Breslau schicken, — so würde das Landgericht Dels seine Existenzberechtigung verlieren!

Und darum also... Darum muß heute das Publikum sich einen unerhörten Abbau aller Rechtsgarantien gefallen lassen, damit wieder überflüssige Gerichte ihre „Existenzberechtigung“ behalten?!
E. R.-r.

Die Revision im Schupoprozeß.

Mains, 17. Januar. (M.Z.) Die Revision vor dem Revisionsgericht der Rheinprovinz in Mainz in Sachen der Offiziere und Beamten der Düsseldorf-Schupolizei wird in der heute stattfindenden Verhandlung durch die Rechtsanwälte Dr. Bräutigam, Dr. Grimm und Dr. Böß begründet. Die Verteidiger haben in ihrer Revisionschrift zunächst wiederum die Unzuständigkeit des Gerichts gerügt, da es sich um Verbrechen in Düsseldorf, d. h. nicht auf feindlichem Gebiet handele. Ferner komme bei dem Vorgehen der Schupolizei gegen die Separatisten ein Angriff auf die französische Armee oder deren Mitglieder nicht in Frage, es sei also nur ein Zwischenfall zwischen Deutschen, die Sache gebühre daher überhaupt nur vor ein deutsches Gericht. Im übrigen richtet sich die Revisionschrift gegen die Fragestellung. Unter den 135 Schuldfragen, die das Revisionsgericht in Düsseldorf gestellt habe, seien die für diesen Prozeß wichtigsten ausgelassen worden, nämlich die Frage, ob sich die Schupolizisten in Reichwehr befunden haben und die Frage, ob sie durch das Verhalten der Separatisten gerechtfertigt sind. Unter Hinweis auf verschiedene weitere Formfehler wird die Aufhebung des Urteils verlangt.

Clives Untersuchung.

Speyer, 17. Januar. (M.Z.) Heute vormittag verfaßten sich die Vertreter aller wirtschaftlichen, politischen und religiösen Verbände der Pfalz und einige Vertreter des Reichsrates beim englischen Generalkonsul Clive. Der Vertreter des Reichsrates betonte, daß, nachdem der Reichsrat seit dem 8. November durch die Separatisten aufgelöst worden sei, die soziale Fürsorge in der Pfalz völlig zerstört sei und die drei Heilanstalten der Pfalz demnach 1800 Geisteskranken, Krüppel und Idioten nach den Landgemeinden zurückzuführen müßten. Ein Vertreter der Arbeiter legte die Schäden dar, die der Industrie und dem Handel durch Vornahme von Requisitionen und Wegnahme von Lohn- und Personenkraftwagen zugefügt worden seien. Weiter brachten die Vertreter der freien und der christlichen Gewerkschaften die Ablehnung der Sonderbündlerregierung durch die Arbeiter zum Ausdruck. Der Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes appellierte an die Humanität Englands, das das Ende der Heimkehrung und die Rückkehr der Vertriebenen und Ausgewanderten erwirken solle. In allen Reden kam die einmütige Ablehnung der Separatistenherrschaft und des Verlangens nach Wiederherstellung des alten Reichstageslandes entschieden zum Ausdruck.

Bürgermeister Dr. Bollmer teilte mit, daß von dem Separatisten der Stadt Speyer eine Geldbuße von 20 000 Goldmark und die Übernahme der Beerdigungskosten für den „Präsidenten“ Heinz Dehls auferlegt worden sei. Der Stadtrat habe diese Forderung einstimmig abgelehnt.

Sachen für höhere Gütertarife. Reichsbahnminister Deseur hat am 18. Januar Ministerpräsident Heide in Dresden einen Besuch abgestattet. Im Anschluß daran fand eine Besprechung statt, an der auch der Finanzminister Reinhold teilnahm. Dabei hat der Reichliche Ministerpräsident erneut um Ausdruck gebittet, es sei wünschenswert, daß die Gütertarife etwas herabgesetzt würden, was eine wichtige Hilfe für die Wiederingangsetzung der Wirtschaft bedeuten würde.

Kulturpolitik aus der Froshperspektive.

Zum Arbeitsbericht des Kultusministers.

Daß Minister über die Tätigkeit ihrer Amtszeit in Buchform berichten, ist in der deutschen Republik kein Novum mehr. Bislang aber wachte durch solche Veröffentlichungen ein tiefer Geist menschlicher Unbefriedigtheit, jenes Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit, das jeden Schöpfenden und Kampfbereiten überkommt, wenn er an einer Bewegung auf die durchsichtige Straße zurückblickt, wenn er das Erreichte am Ideal seines Willens mißt. Herr Dr. Boelch, Preußens zweiter republikanischer (vernuftrepublikanischer) Kultusminister, macht es sich leichter. Sein Arbeitsbericht kennt kein Ideal einer werdenden Kultur. Er steht das Chaos unserer gärenden Zeit kulturellen Überganges durch gymnasioldirektorale, volksparteiliche Brillengläser, die nur zum Sehen in der Nähe taugen, die Fernen und Ziele in Nebel verschwimmen lassen. Er dekretiert, daß „uns das große neue Bildungsideal noch fehlt, das der Volksbildung Stil und Form geben soll“. Er feucht: „Die kulturpädagogische Kraft ist aus den Stürmen der Revolution nicht emporgestiegen.“ Wächte man nicht mit Gebel fortfahren: „Und ahnet nicht, daß jene Regenröte den Horizont schon küßt...“?

Was wunder, daß Herr Dr. Boelch bei solch einer Einstellung eine „Reuordnung“ des preußischen Schulwesens steht von jener „Koren Einfachheit, die allen großen (i) Reformen den Stempel des Selbstverständlichen aufprägt“, daß er sich rühmt, die geschichtlich gewordenen Schularten erhalten zu haben, daß er die preußische Mittelschule, dieses Zwitwerggeschöpf einer volkshunfrendlichen Zeit, unangefastet wissen will! Typisch für die Wertung der verschiedenen Schulgattungen im Gesamtrahmen unserer Volkskultur ist es, daß dem höheren Schulwesen fast der dreifache Raum gegenüber dem Volkshulwesen eingeräumt ist. Charakteristisch für die Erkenntnis der Noie unserer Zeit, daß „die innere Wiedergeburt eines Volkes aus religiösen Kräften hervorgehen muß“. Doch genug der Beispiele. Auch ein bescheidener Kritiker hätte von dem höchsten Schulbeamten Preußens, unter dem nach seinen eigenen bescheidenen Worten Preußen „zur Vormacht der deutschen Schulpolitik“ geworden ist (daß du die Nase ins Gefäß behälst!), wohl ein ganz, ganz klein wenig mehr Distanz und einen ganz, ganz klein wenig größeren Horizont als den einer Untertasse erwarten dürfen. So aber bleibt ihm nichts übrig als die Konstatierung der Tatsache, daß die allmählich getreue Aufzählung der Veränderungen im Volkshulwesen Preußens unter der Herr Boelch für jeden Schulpolitiker aus Beruf oder Interesse das Buch unentbehrlich macht. Und vor dieser Empfehlung schweigt die Kritik.
R. L.

Konzert der Proletarischen Musikfreunde.

Die Gemeinschaft Proletarischer Musikfreunde E. V. lud zu ihrem zweiten Symphoniekonzert in den „Saalbau Friedrichshain“ ein. Mit dem Blüthner-Orchester musizierte dort Jascha Horenstein als Dirigent. Das Programm des Abends enthält in kurz zusammenfassenden Betrachtungen über die aufgeführten Werke eine Einführung, die für ein ganz unbesangenes Publikum ein bißchen gelehrt und ein wenig abseits von volkstümlicher Schreibweise erörtert, aber gut gemeint ist. Gut gemeint war auch Jascha Horensteins Wille zur nachschaffenden Tat. Ein Dirigent lehrer Voraussetzungen ist er nicht. Mangel an ursprünglichem Rhythmus, an bestreuer Reichtigkeit der Gestaltung und daher Neigung zum Verschleppen der Zeitmäße und Unklarheit in der Einheitlichkeit des Aufbaues sind seine bittersten Hemmnisse, die ihm oft diese Striche durch seine koniglich gewollte Abrundung machen. Sie verleiten ihn zu Wunderlichkeiten, ja zu Stillschüben in Mozarts Es-Dur-Symphonie. Durch unklare Fassung und seltsame Schiffschellen wurde sie nicht allein unmöglich, sie ließ in ihrer höchsten Auffassung den markantesten Grundzug ständlicher Zufriedenheit allzulehr vermissen. Horenstein, der sich ansehnend bemüht, Bruno Walter in der Stabführung zu folgen, mühte sich vor allem vor Uebertreibungen in den Bewegungen hüten und seinen Körper zu straffer Haltung zwingen. Seine meist zu starre Zeidenebung wirkt unvorteilhaft auf das an sich nicht sehr konatredios Blüthner-Orchester und hindert es am glanzvollen Aufblühen vollends, was sich insbesondere nachteilig in der „Tristan“-Musik auswirkte, die neben einer unverständlichen Zerdehnung unter mancher Unsauberkeit der Bläser und Unausgeglichenheit in der konatlichen Färbung des Gesamtbildes ist. Am glücklichsten gab sich noch Beethovens C-Moll-Symphonie zu erkennen, wenschon die rhythmische Reinheit des Wertes oft ganz unter den Tisch fiel. Die Reueid des Abends war Heinz Liebens „Hamlet-Suite“ (Daus 30), die ihre Konzentration beim Tonkünstlerfest in Kassel erlebte. Leider blieb auch ihr Eindruck durch Horensteins Vermittlung dunkel. Man konnte eben die Schönheiten dieses feinschabenen Wertes, dessen Höhepunkt unstreitig der mächtig aufbeobrende Totenmarsch ist, nur vermuten und würde dieser erlesenen Musik gern von gefaltungs-lähmender Hand amreißer begeben. Der anwesende Komponist durfte sich selbst für die beifälligen Huldigungen des Publikums bedanken.

Die Zuhörerlichkeit selbst, welche den Kleinstaat kost reißlos füllte, folgte mit musterhafter Anteilnahme und Hingebung den hervortretenden Musikströmen. Und für diese bemundernswerte Freude am Kunstgenuss hätte man bei denn einen Schicksalser und von lehrer Offenbarung erfüllte Aufführung gewünscht. Eine Besetzung durch die Kunst und vom Wohl so dem wertvollen Volke an diesen Abenden erblühen. Geleiteterte könnte der Mensch den die Tonarbeit losloos bechwert, sein Inneres nicht erheben, als wenn Beites vom Festen ihm dazu verhälte, darum dürfen ihm Halbheiten diese Weisheit nicht schmälern.

Die Wunder der britischen Reichsausstellung. Die britische Reichsausstellung, die in diesem Jahre stattfindet, wird Bauhöflichkeit und Anlagen von einer Größe und Reizvolligkeit aufweisen, wie sie noch keine Ausstellung besaß. Zu diesen Wundern gehört ein Kohlenbergwerk, das auf dem Ausstellungsterrain zu Bembien in einem Boden angelegt wird, wo niemals vorher Kohle gewesen ist. Diese Anlage allein kostet 100 000 Pfund Sterling. Die Ausstellungsgebäude werden mehr als 10 Millionen Pfund Sterling verschlingen. Nimmt man dazu die kostbaren Gegenstände, die aus allen Teilen der Welt hierher zusammenströmen, so darf man wohl sagen, daß Bembien während der Ausstellung die größten Werte vereinigen wird. Die so auf einem derartigen Raum zusammengetroffen worden sind. Der Ausstellungspalast der Ingenieurarbeiten umfaßt einen Raum von 550 Ar. Der Industriepalast ist ähnlich groß, und zusammen bedecken die beiden Ausstellungshallen ein Gelände von über 1000 Ar. Bei diesen gewaltigen Bauten sind mehr als 12 000 Tonnen Beton und über 1200 Tonnen Stahl als Material verwendet worden. Das Stadion, das für die großen sportlichen Veranstaltungen errichtet wurde, ist das größte der Welt. Hunderttausende Pfund Sterling wird allein der Transport der Ausstellungsgegenstände verschlingen, und die Einrichtung der verschiedenen Bergnugungsgeleisen und Rummelplätze wird man mit einer Million Pfund kaum bestreiten können.

Kalenderausstellungen. Daß unser Kalender allerlei Uebereinstimmungen von periodenweise wiederkehrenden Tagen zeigt, dürfte bisher kaum jemandem aufgefallen sein. Wer weiß beispielsweise, daß kein Sechshundert am Mittwoch, Freitag oder Sonntag anfangen kann! Der Monat Oktober beginnt ferner stets mit demselben Tage, mit dem der Januar begonnen hat, und die gleiche Uebereinstimmung findet man zwischen April und Juli sowie zwischen September und Dezember. Auch der Februar, der März und November beginnen mit demselben Wochentag. Juni und August bilden dagegen in dieser Beziehung eine Ausnahme, da sie verschiedene Anfänge haben. Diese Regeln gelten indessen nicht für Schaltjahre, so daß das gegenwärtige Jahr nicht zur Probe auf das Exempel herangezogen werden kann. Das gewöhnliche Jahr beginnt und schließt dagegen ausnahmslos mit demselben Tag. Für sparsame Leute sei noch darauf hingewiesen, daß sie ihren Kalender nach 28 Jahren wieder verwenden können. Er ist nach der achtundzwanzigjährigen Logerung wieder vollständig aktuell geworden.

Vortragsabende der Volksbühne. Sonntag 17. Uhr 18 Uhr 19 Uhr 20 Uhr in der Aula des Gymnasiums zum „Garten Plotz“, Goltzstr. 74 über: „Die großen Liebesdramen der Weltliteratur. Einlogarten (30 bzw. 25 Pf.) am Sonntagabend.“

Erwin Cernuski ist von der Hamburger Universität als Dozent für Musikwissenschaft beufen worden. Man kennt Cernuski vornehmlich aus seinen im letzten Eil gehaltenen Kapellführungen, sowie aus seinen „Musikalischen Tänzern“ (siehe demnach auch in Berlin zur Darstellung kommen sollen). An der Musikwissenschaft der „Sozialistischen Monatshefte“, die Cernuski seit Jahren bearbeitet, ist er vornehmlich bechäftigt, die Werke junger „unangeführter“ Komponisten zu behandeln und ihre Schaffen zu fördern.

*) Otto Boelch, Preussisches Bildungswesen. Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig 1924. 172 S.

Adolf Ritter

Ein Herzschlag hat in der vergangenen Nacht den Genossen Adolf Ritter, Bürgermeister von Berlin, aus unserer Mitte gerissen. Erst am 31. Januar würde Ritter das 53. Lebensjahr vollendet haben. Unmittelbar vorher streckt ihn die Senke nieder...

Mit ihm schied einer der treuesten Verfechter der Arbeitersache aus dem Leben. Stammt er doch selbst aus der Klasse, der er seine Lebensarbeit gewidmet. Unter den ärmlichsten Verhältnissen aufgewachsen, in einer zweifelhafte Dorfschule „gebildet“, wurde er gegen seinen eigenen Wunsch genötigt, das Schneiderhandwerk zu erlernen. In diesem hat er bis zum Jahre 1898 gearbeitet, gleichzeitig aber innerhalb der Gewerkschaft und der Partei eine rege Tätigkeit entfaltet. Im Jahre 1899 wurde er von seiner Berufsorganisation zum Bevollmächtigten für Berlin gewählt. Er bekleidete diese verantwortungsvolle Stellung bis 1905, um dann von der Gewerkschaftskommission in das Arbeitersekretariat berufen zu werden. Hier hat er eine besonders regenreiche Tätigkeit entfaltet. Seine Erfahrung in sozialpolitischen Angelegenheiten — er war als Gewerkschaftsleiter, Mitglied des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt und in anderen sozialpolitischen Körperlichkeiten tätig — kam ihm im Arbeitersekretariat außerordentlich zu statten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen von 1907 wurde Ritter damals noch als „drittclassiger“ Vertreter der Sozialdemokratie im Kolen Hause gewählt. Neben der Sozialpolitik war die kommunale Betätigung sein eigentliches Feld. In der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung war er gewissermaßen zu Hause. Als nach der Revolution eine sozialistische Mehrheit auf Grund des neuen Wahlrechts ins Rathaus kam, wählte diese den Genossen Ritter zum Bürgermeister, der neben dem Oberbürgermeister die Leitung der vielfältigen Verwaltung Groß-Berlins zu führen hat. Seit dem 12. November 1920 — dem Tage seiner Einführung — hat Ritter dies verantwortungsvolle Amt ausgeübt. Nur knapp drei Jahre war es dem im rüstigen Mannesalter stehenden möglich, die umfangreichen Pflichten zu erfüllen, die das Amt ihm auferlegte. Denn in seiner Eigenschaft als Bürgermeister war er auch zum Vertreter der Stadt Berlin in den Reichsrat gewählt und mit zahlreichen Ehrenaufgaben betraut.

In der Partei hat die ruhige Sicherheit seines Wesens wie seine herzliche Kameradschaftlichkeit allseitige Anerkennung gefunden. Hatte er doch neben seiner vielfachen Arbeit für die Gewerkschaften immer noch Zeit, auch für die politischen Interessen der Arbeiterklasse vollen Eifer zu entfalten. Der sozialdemokratische Parteitag 1919 hatte ihn deshalb zum Beisitzer im Parteivorstand bestimmt. Als solcher hat er bis zu seinem Tode amtiert und der Partei wertvolle Dienste geleistet. Sein plötzlicher Tod, der ihn mitten aus der Arbeit forsnahm, reiht eine Klaffende Lücke in unsere Reihen. Trauernd steht die ganze Partei, vor allem die Berliner Sozialdemokratie, an der Bahre eines ihrer treuesten Kameraden. Sein Andenken wird lange fortleben in den Herzen seiner Mitkämpfer!

Das Nachfolgende der Stadt Berlin gibt über den Lebenslauf des Verstorbenen folgenden Bericht:

Bürgermeister Hans Adolf Ritter wurde geboren am 31. Januar 1871 zu Breslau, als einziger Sohn des Schuhmachermeisters Ernst Ritter. Er wurde in St. Elisabeth zu Breslau evangelisch getauft und verlor schon neun Monate nach der Geburt seine Mutter. Hierauf kam Adolf Ritter 1874 zu seiner Großmutter in dem Dorfe Schmolken im Kreise Oels in Schlesien. Hier besuchte er von 1877 bis 1884 die zweiklassige Gemeindeschule, wo er vier Jahre in der ersten Klasse saß. Er wurde mit dem Zeugnis „lobenswert“ nach Berlin entlassen. Hier war er von 1884 bis 1888 Schüler der 62. Gemeindeschule und wurde wiederum mit einer Prämie der Stadt Berlin entlassen. Der Wunsch seiner Großmutter, ihn eine femininistische oder akademische Ausbildung zuteil werden zu lassen und sein eigener Wunsch, ein graphisches Gewerbe zu erlernen, war aus wirtschaftlichen Gründen nicht erfüllbar. Adolf Ritter mußte sich freilernen, er lernte das Schneiderhandwerk in Berlin und übte es bis 1898 aus. Daneben aber besuchte er schon von 1888 die Fortbildungsschule des Berliner Handwerksammervereins und hörte Vorträge über Rechts- und Staatsverfassung, Geschichte und kaufmännische Buchführung. Im Jahre 1891 ging er auf Wanderlust und kam 1895 nach Berlin zurück. Im Jahre 1898 wurde Adolf Ritter von seiner Gewerkschaftsorganisation als Sekretär, ein Jahr später zum ersten Bevollmächtigten ernannt. Diese Tätigkeit übte er sieben Jahre aus, um 1905 in die Zentralen der Berliner Gewerkschaften überzutreten. Am 10. April 1907 wurde Adolf Ritter bereits zum Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er bis zur Wahl als Bürgermeister ununterbrochen angehört hat. Am 23. September 1920 wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung der neuen Stadt Berlin zum Bürgermeister, als welcher er in der Sitzung vom 12. November 1920 eingeführt wurde. Als Bürgermeister war Ritter Vorsitzender der Verkehrsdeputation und bearbeitete neben den allgemeinen Bürgermeistersachen insbesondere die sogenannten Gemeinnützigen Sachen, Repräsentationsangelegenheiten und war Mitglied des Organisationsausschusses sowie Vorsitzender der Personalkommission.

Trauerkundgebung im Rathaus.

Heute mittag um 12 Uhr trat der Magistrat in außerordentlicher Sitzung zu einer Trauerkundgebung zusammen. Der Oberbürgermeister gedachte in warmen Worten des verdienstvollen öffentlichen Wirkens, welches den Verstorbenen schließlich in das Amt des Bürgermeisters der Stadt Berlin geführt habe und ließ neben dem Schmerz um den entziffenen Arbeitsgefährten dem tiefen Dank für seine unermüdete Arbeit für die Stadt Berlin bewegten Ausdruck. Der Oberbürgermeister richtete nachstehende Worte an die Mitglieder des Magistrats:

Witten aus rastloser Arbeit, die stets eine Arbeit zum Wohle der anderen war, hat der Tod vor wenigen Stunden unseren lieben Kollegen und Freund, Bürgermeister Adolf Ritter, von unserer Seite gerissen. Die Stadt Berlin und der Magistrat beklagen den Verlust eines Mannes, der sehr schwer zu ersetzen sein wird. Aus eigener Kraftlich emporgingend, auf Berliner Schulen erproben, auf Berliner Fortbildungsschulen sich fortbildend, schon als junger Handwerker sich in heikeln Missefällen der Rot der wertvollsten Schichten bewährt, ausgerüstet mit hellem Verstand, begabt mit scharfem Blick für neue Wege zum öffentlichen Wohl, wurde Adolf Ritter ein Führer öffentlichen Lebens, den schon früh das Vertrauen seiner Freunde in die Leitung und an die Spitze ihrer Organisation berief. Sie alle wissen, was Adolf Ritter mit seiner Erfahrung und seiner klugen Umficht in Rat und Tat für weite Schichten unserer Bevölkerung als Gewerkschaftssekretär, als Gewerkschaftsleiter, als Mitglied des Ausschusses der Landesver-

sicherungsanstalt Berlin und vor allem seit sechzehn Jahren als Stadtverordneter und schließlich als unbesoldeter Stadtrat und seit der Bildung des neuen Berlin als Bürgermeister geleistet hat. Unermüdetlich fleißig, ruhig besonnen, so häufig klug ermittelnd, sohen wir unseren Bürgermeister Ritter seinen vielen Amtspflichten nachgehen, welche die neue Stadt ihm auferlegte. Und immer wieder bewährte sich im Kampf der Meinungen sein Rat und die aufrechte Lauterkeit seines Wesens. Mit tiefer Trauer und herbem Schmerz erfüllt uns also heute sein plötzlicher Tod. Des Andenkens an Adolf Ritter wird in uns und in der Stadt Berlin nie erlöschen. Die Trauer von diesen Tausenden die er führte, die er beriet, denen er half und für die er arbeitete, wird ihm zu Grabe folgen.

Der Magistrat beschloß in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung, die Beisetzung des Bürgermeisters Adolf Ritter auf Kosten der Stadt vorzunehmen und zwar von der Stadthalle aus nach einer dort stattfindenden Trauerfeier. Der Stadtmedizinalrat Geheimrat Dr. Rabnow, Stadtrat Geheimrat Dr. Ludwig Hoffmann und Stadtrat Wege werden im Auftrage des Magistrats die Trauerfeier vorbereiten.

Alle Tage Schnee.

Man kennt die Redensart: „toujours perdrix“... alle Tage Rebhuhn — auch dieses fästliche Gerücht bekommt man über. So ist es auch mit dem Schneefall, den uns bis jetzt — mit wenigen Ausnahmen — jede Nacht beschert hat. Glaubst du dein Haus heute fipp-topp geföhrt zu haben, ist der Schnee schon in Hausen gefest, um weggefahren zu werden, so hast du am nächsten Morgen die Freude, daß die Arbeit von gestern von neuem zu beginnen ist. Wieder muß Schaufel und Besen in Bewegung gesetzt werden, und die Schneehaufen werden immer größer. Für den glücklichen Besitzer dieser Haufen entsteht nun die Frage: Wohin damit? Denn wo kein Garten ist, der den Schnee in unbegrenzten Dimensionen aufnehmen kann, bleibt die Abfuhr das einzige Mittel, um im Falle einer raschen Schneeschmelze einer Ueberflutung vorzubeugen. Neulich trafen wir unseren Bäckermeister, der mit seinem Gefellen zusammen Pferd spielte und einen großen Ackerwagen voll Schnee auf die nächste Wiese fuhr. Auch die Eisenbahn beladet, um die Weiler und Fahrsteige freizumachen, ganze Güterwagen mit dem fästlichen gefrorenen Roh und führt sie zur Entladung bis zur geeigneten Stelle außerhalb der Station. So hat der reiche Schneefall dieses Winters auch auf dem Lande ökonomische Folgen — aber schön ist dieses Vergrabensein in der weichen Decke doch!

In Friedenszeiten haben stürz Schneefälle stets ein gewaltiges Loch in die Berliner städtischen Finanzen geschlagen. Der Magistrat konnte damals noch in volle Kassen greifen und ließ sich nicht lange nötigen, die Schneeburgen zu zerstören. Jetzt ist das anders geworden. Man läßt die Schnee liegen, solange es irgend geht, und wartet auf die kostlose Hilfe der lieben Winter Sonne, die uns dann schnell den schon berühmten gewordenen Berliner „Reich“ beschert. Innerhalb weniger Tage ganze Wägenburgen aufschreiben zu lassen, um den Schnee abzuwehen oder in die Flußläufe zu werfen, ist die Stadt nicht mehr imstande. Man schloß in alten Rechnungsbüchern nach und wird erstunken sein, was die Schneefahrt schon damals gefest hat. Heute würde die Verschwendung für den gleichen Umfang der Abfuhr noch viel mehr kosten. Die Berliner schimpfen natürlich noch allem Brauch über die legendären Schneeburgen und wünschen sich die Friedensmaßnahmen zurück, vergessen aber dabei, daß die Straßeneinigung jetzt auf Kosten der Mieter geschieht. Trotzdem muß wenigstens das Nötigste getan werden, damit nicht bei plötzlichem Tauwetter die Straßen und Plätze zum Morast werden. So wird die Heranziehung von Erwerbslosen zum Schneeschoppen recht fästlich gesteuert. Die Wochenunterstützung der Arbeitslosen ist allerdings immer geringer geworden und beträt genenüßig für Verbeiratete ohne Kinder nur noch rund vier Schilling. Jedenfalls haben sich die Mieter auf einen kräftigen Aderlaß zur Erhaltung der Straßeneinigungskosten für die nächste Zeit gefast zu machen.

Auch nach dem heutigen stürz Schneefall ist vorläufig keine Milderung der Wetterlage zu erwarten. In der Lage des Hochdrucksystems ist eine gewisse Beständigkeit zu erblicken, so daß mit dem Warten der Frostperiode, die jetzt ohne Unterbrechung etwa vier Wochen währt, zu rechnen ist.

Die Post im Landwehkanal.

Laucharbeiten in Schnee und Eis.

Werkwürdige Laucharbeiten bildeten heute vormittag an der Bendlerbrücke im Tiergarten ein Schauspiel für viele Neugierige. Veranlassung dazu gaben eigenartige Diebstähle, deren ein früherer Postbote Wilhelm Romak aus der Löhmannstraße 81 überführt wurde. Romak deutete eine Gepllogenheit aus, die sich durch den Beamtenabbau bei der Post herausgebildet hatte. Die Briefsteller, die gleichfalls vermindert sind, haben jetzt größere Bestellbezirke und deshalb auch eine größere Menge Briefe mitzunehmen. Sie führen aus diesem Grunde außer ihrer gewöhnlichen Tasche gewöhnlich noch eine zweite mit sich, die in ihren Kreisen den Spitznamen „der Beiwagen“ erhalten hat. Dieser „Beiwagen“ ist oft ziemlich schwer, und um ihn nun nicht alle Treppen mit hinaufschleppen zu müssen, lassen manche Beamte ihn unten stehen, bis sie oben fertig sind. Diese bedenkliche Gepllogenheit war auch Romak bald bekannt. Wegen Schiedlichstahles im Dienst entlassen und verurteilt, bezog er die ihm bewilligte Bewährungsfrist, keine ehemaligen Kollegen zu besuchen. Während sie in den Häusern bestellten, nahm er ihnen den „Beiwagen“ weg, um seinen Inhalt für sich zu verwerten. Vorgeföhrt hatte ein Beamter das Mißgeschick, daß ihm in der Löhmannstraße 81 zwei Pakete mit Einschreibebriefen gestohlen wurden. Er meldete sofort den Vorgang auf dem Amt, und der Verdacht fiel auf Romak, der in der Nähe wohnte. Sie fanden ihn in einem Lokal in der Bendlerstraße, nahmen ihn fest und brachten ihn nach dem Postamt, das ihn der Polizei übergab. Dem Referenten der Oberpostdirektion legte Romak nach langem Weigern endlich das Geständnis ab, daß er nicht nur diesen Diebstahl, sondern auch schon mehrere andere der gleichen Art verübt hat. Was er nicht vermerken konnte, habe er in die Kulis oder Kanalisation und auch an einer offenen Stelle an der Bendlerbrücke in den Landwehkanal geworfen. Man ludte diese Stelle mit Röhren gleich ab, ohne jedoch etwas zu finden. Jetzt beschloß man, einen Laucher zu Hilfe zu nehmen. Diese Arbeiter benannten heute morgen, ohne daß sie bis zur Stunde einen anderen Erfolg hatten, als eine riesige Menschenmenge herbeizuladen.

Großfeuer in der Tabakfabrik Fagag.

Großfeuer in der letzten Nacht aus noch nicht feststehender Ursache in Reutal, Hermannstr. 29, zum Ausbruch. Die Feuerwehren von Reutal, Britz usw. wurden deshalb gegen und nach 10 Uhr nachts von sechs Seiten aus alarmiert. Als Branddirektor Prützsch an der Brandstelle erschien, stand die Tabakfabrik Fagag GmbH. in solcher Ausdehnung in Flammen, daß er Mittelfeuer an alle Wachen in Berlin melden ließ. Binnen kurzer Zeit waren einige 80 Fahrzeuge versammelt. Von allen Seiten wurde umföhrend gegen den Brandherd vorgegangen und trotz Eis und Schnee mit acht Schlauchleitungen, von denen mehrere infolge des starken Frostes platzen ununterbrochen fristlich geschloß. Die Flammen hatten an den Vorräten und der Einrichtung, Maschinen, Papier, und Packmaterial reiche Nahrung gefunden, so daß sie sich mit riesiger Schnelligkeit verbreiteten

und durch Stichtammen einige Male die Böschmannschaften gefährdeten. Erst gegen Morgen war jede Gefahr beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten werden heute in Angriff genommen.

Hochbahnslegen.

Zu den an der Börse am meisten forcierten Papieren gehören neuerdings die Aktien der Hoch- und Untergrundbahn. Das hat zwei Gründe. Die Hoch- und Untergrundbahn hat ihr nominales Kapital von rund 100 Millionen Mark niemals veräußert, sie hat nur einmal eine zahlenmäßig unbedeutende Reparatur ihrer Obligationen und Umtausch gegen neue Aktien vorgenommen. Ihr Kapital ist also reines Goldkapital. Die Vorschriften des neuen Goldbilanzierungsgesetzes zwingen deshalb auch die Hochbahn nicht zu einer Zusammenlegung, wie sie bei den meisten deutschen Aktien erfolgen mußte. Außerdem geht das Geschäft gut. Bei den Börsen, die die Gesellschaft zahlt, ist es durchaus möglich und wahrscheinlich, daß sie wieder eine normale Friedensdividende von 4 bis 5 Proz. zahlt, wenn nicht mehr. Eine Hochbahnaktie wird deshalb zu den ersten deutschen Industriepapieren gehören, die auch dem gewöhnlichen Aktienbesitzer und nicht nur den Kreisen der Vermögen etwas bringt. Kein Wunder, daß die Hochbahnaktie gesucht ist und heute mit rund 350 Mark bezahlt wird.

Um so mehr sollte das Publikum von der Gesellschaft eine anständige Bedienung des Verkehrs verlangen, zu der die Gesellschaft durchaus in der Lage ist. Die Wagenüberfüllung in der Hochbahn ist ein Skandal. Eine Verdichtung der Zugfolge von 5 auf wenigstens 3 Minuten in den eigentlichen Verkehrszeiten ist technisch ohne weiteres möglich, der Wagenpark der Gesellschaft reicht dazu aus. In den Zeiten nach dem Krise konnte man vielleicht verstehen, wenn die Aufsichtsbehörden ein Auge zudrückten. Jetzt, wo der Betrieb der Gesellschaft wieder durchaus rentabel wird, sollte das Polizeipräsidium als Aufsichtsinstanz unter allen Umständen einschreiten, und eine bessere Bedienung des Berliner Verkehrs unbedingt erzwingen. Die Gesellschaft ist leistungsfähig. Die Soprogenie Erhöhung der Verkehrsrate bei fast dreifacher Wagenbenutzung schafft genügend Mittel, die dem Verkehr zugute kommen müssen.

Schacher am offenen Sarge.

Zu welcher unerhörten Robei die Schacherpolitik der bürgerlichen Parteien im Berliner Rathaus sich verweigert, beweist eine Verhandlung, die heute mittag zwischen dem demokratischen Stadtrat Wege und dem Führer der Demokraten Herrn Werten statigefunden hat. Herr Wege wies den demokratischen Fraktionsvorsitzenden darauf hin, daß der Tod des Bürgermeisters Ritter doch eine neue Situation geschaffen habe und daß seine politischen Freunde nunmehr wahrscheinlich jeden bürgerlichen Kandidaten für den Posten des Stadtverordnetenvorsethers schließen würden, wenn die Demokraten ihnen jetzt schon den Posten des Bürgermeisters zuließen.

Bürgerliche Parteien schachern also über den Posten eines noch keine 12 Stunden lang verstorbenen Mannes, um dadurch ihre Kuhhandelpolitik eines sogenannten Bürgerblocks fördern zu können. Ein tieferes moralisches Niveau einer Politik, wenn dafür das Wort nicht zu schade sein sollte, kann es sicherlich nicht geben. Wir würden die ganze Angelegenheit für unglaubwürdig halten, wenn sie nicht durch untrügliche Information aus dem Rathaus selbst stammte. Die Berliner Bevölkerung weiß jetzt jedenfalls, aus welchen Motiven heraus die Vertreter bürgerlicher Parteien im Rathaus die wichtigsten Posten zu besetzen bereit sind. Sie wird hoffentlich die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

Kinderhilfe der Bankangestellten!

Ein Akt internationaler Brüderlichkeit und Solidarität.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, der seit langem besonders intensive internationale Beziehungen unterhält, hat gemeinsam mit dem Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Oesterreichs eine Kinderhilfe organisiert, auf Grund deren heute bereits der dritte Kindertransport nach Oesterreich abgelandt ist. Dort finden erholungsbefürdigte Kinder von Bankangestellten aus Berlin, Chemnitz, Leipzig, Nürnberg und München in dem Erholungsheim der Anglobank in Lans (Tirol) für die Dauer von drei Monaten kostenlose Aufnahme. Ebenfalls hat die Angestelltenchaft der Creditanstalt ihr Erholungsheim am Kapeller See in Kärnten zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt. Dort haben 70 Bankangestelltenkinder Aufnahme gefunden. Es ist beachtlich, dieses Hilfsnetz auf so breite Basis zu stellen, daß möglichst aus allen größeren deutschen Städten Bankangestelltenkinder aufgenommen werden können. Dieses großzügige Werk brüderlicher Solidarität wird ergänzt durch namhafte Spenden der Bankangestellten in der Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz und der Skandinavischen Bankangestellten, die es ermöglichen, die oft recht dürftig ausgestatteten Kinder mit warmer Kleidung, Wäsche und bestem Schuhschutz zu versehen. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß der Verband der Bankangestellten Oesterreichs im vergangenen Monat als Weihnachtspende für bedürftige gewerbliche Bankangestellte dem Allgemeinen Verband einen ganzen Wagon wertvolle Lebensmittelpakete zugeleitet hat. Diese praktische Solidarität beweist wie tief der Gedanke internationalen Zusammenwühlens und internationaler Hilfsbereitschaft in der Bankangestelltenbewegung Wurzel geschlagen hat. Sie dokumentiert gleichzeitig den glänzenden freigeistlichen Geist und den großen Opfermut der außerdeutschen Bankangestelltenorganisationen.

Der Mieterbund Berlin-Steglitz e. V., Vorst. Röhler, 1, hält am Freitag, den 25. Jan., abends 8 Uhr, in der Aula der Oberrealschule Berlin-Steglitz, Elternrat, seine Generalversammlung ab. In dieser soll auch die Gründung eines Mieterwählervereins für Kommunalwahlen in Anregung gebracht werden. Ferner wird über den Stand der Goldmieten berichtet werden.

Ein große öffentliche Mieterversammlung findet Freitag, den 18. Januar abends 8 Uhr, im großen Saal des Wilmersdorfer Parks, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 114/115, veranstaltet vom Mieterverein des Groß-Berliner Seilens, statt. Die Referenten sind Dr. Starck und Dr. Walter Göbel werden über aktuelle Mieterfragen, insbesondere Goldmieten, Abbau des Mieterausdrucks, Untermiete usw. sprechen. Näheres bringen die Wilmersdorfer Anschlagtafeln.

Neue Erdstöße in Japan. Einem Telegramm des „Exchange Telegraph“ zufolge wurden gestern früh gegen 4 Uhr in der Gegend von Sendan in Japan neue Erdstöße festgestellt. Der Bevölkerung bedrückte sich wider Schrecken. Der Sachschaden ist sehr beträchtlich. Der Professor Nakamura habe erklärt, daß stärkere Erdbebenstöße noch während dieser Monate eintreten und erst allmählich ihre Heftigkeit verlieren werden. — Nach einer Meldung aus Bogota wurden gestern früh in Süd-Kolumbien und an der Grenze von Ecuador zwei heftige Erdstöße, die von unterirdischem Donner begleitet waren, beobachtet. Schwer betroffen von dem Beben wurden Ipiales, Guaca und Tumaco. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Die Einwohner flüchteten in wilder Panik aus ihren Wohnungen und verbrachten die Nacht auf den Feldern aus Furcht vor neuen Erdstößen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Abt. Freitag abends 1/2 8 Uhr: Eisenbahnersammlung in der Aula der Oberrealschule Steglitz. 15. Thema: Schnee in Rot. Referent: Siegfried Röhler und Lehrer Röhler.

Gewerkschaftsbewegung

„Fort mit dem Tariffshematisismus!“

Die letzten Hüllen fallen!

Der Arbeitgeber müßte täglich erscheinen. Seine Mitarbeiter können der Mühe entgehen, in ihrer Ungeduld auf das Erscheinen ihrer Beiträge, diese jedoch auszugeweiht zuvor in der Schwerindustrie des Tagespreises zu veröffentlichen. Nach dem Bestimmen einer solchen Seite gegen die Arbeitszeitverordnung und den Tarifvertrag (siehe Nr. 23 des „Vorwärts“) bringt jetzt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (16. Januar) aus einem für die „Arbeitgeber“ bestimmten „Appell an die Deutschnation“, den der Syndikus der Vereinigung der Arbeitgeberverbände Dr. H. Weisinger ergehen läßt, einen Auszug: „Gegen den Tarifvertrag“.

Dem Niederreißen des „schematischen“ Achtstundentages folgt das Niederreißen des „schematischen“ Tarifvertrages.

„Freie Wirtschaft“ auch auf dem Arbeitsmarkt, kein Tarifzwang, „freies Spiel der Kräfte“, damit die Freiheit, die die Unternehmer meinen, den Herrn im Hause wieder zu voller Geltung kommen läßt. Nachdem Dr. Guggenheimer in der Kammer seines Vorbildes König Stumm bereits offen ausgesprochen hat, daß dem Unternehmertum die ganze Richtung einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr paßt, haben die Ausführungen des verbindlicheren Dr. Weisinger von vornherein an Interesse eingebüßt. Der Syndikus der Arbeitgeberverbände zeigt sich besorgt darum, „daß das Pendel nun nicht auf einmal wieder zu weit nach der anderen Seite ausschlägt, damit erneuten Anlauf zu einer Reaktion gehend und so die ruhige und feste Entwicklung hemmend, deren kein Volk nötiger bedarf als das deutsche“. So angenehm der Unterschied auch in der Tonart klingen mag, die Offenheit des Scheinraus läßt klarer sehen, wohin die Reise geht. Guggenheimer plagt sich nicht damit ab, daß die Scherwägerei eine starke Reaktion in den Kreisen der gesamten Arbeitnehmerschaft zwangsläufig auslösen muß, er will die Konjunktur genügt wissen. Weisinger aber appelliert an die Gewerkschaften, Hand in Hand mit den Arbeitgeberverbänden „den Boden für eine neue Arbeitsgemeinschaft zu finden, den Tariffshematisismus im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu beiliegen, wirtschaftlich vernünftige Arbeitsbedingungen für die tarifvertragliche Regelung zu finden und das Reichsarbeitsministerium von vollkommen falschen Begriffen über staatliche Autoritätsaufgaben abzubringen“.

Dem Reichsarbeitsministerium wird vorgeworfen, es habe von vornherein in die Entwicklung des Tarifvertrages durch seine auf Tarifzwang eingestellte Politik zerstörend eingegriffen. Tarifverträge um jeden Preis, Schlichtungsverfahren in allen Fällen und ein Tarifvertrag als obligatorisches Ergebnis des Schlichtungsverfahrens erstrebt. Die neue Schlichtungsverordnung stelle das staatliche Eingreifen in die Tarifpolitik mit an erste Stelle, wodurch die Möglichkeit einer verständigen Entwicklung tariflichen Schlichtungsverfahrens beseitigt, der staatliche Schlichtungsapparat in weitem Umfang den Tarifinstanzen übergeordnet sei.

Das Reichsarbeitsministerium, das in letzter Zeit zumal für das Unternehmertum soviel getan, daß ihm zu tun kaum noch etwas übrig bleibt, ist in über Eile. Nicht lange mehr, und die Unternehmer werden auch seinen Abbau fordern. Will es sich nicht selber abbauen, wird es den Unternehmerwünschen nie vollaus gerecht werden können, wie diese es von ihm verlangen.

Zu was noch Arbeitsgemeinschaft, an der man festhalten will, wenn man sie überall da ausschalten will, wo es sich um das Wohl der Arbeitnehmerschaft dreht, sie nur dazu gebrauchen will, um einseitig die Unternehmerinteressen zu verteidigen.

Das Pendel hat schon sehr weit „nach der anderen Seite“ ausgeschlagen.

Arbeitszeit und Volksbildung.

Die Volkshochschule, die Volkshöhne und der Bühnenklub sind von Düsseldorf schreiben uns:

Überall hat sich in der Nachkriegszeit die Erkenntnis durchgegriffen, daß mit der politischen Umwälzung auch eine Verschönerung des Schwerpunktes in unserem gesamten Kulturleben erfolgen mußte, daß nur durch Beteiligung der breitesten Volksschichten am geistigen Leben der Bestand unserer nationalen

Kultur und die Grundlagen unserer Verfassung gesichert werden können.

Die geistigen Voraussetzungen einer wirklichen, durch die Verfassung festgelegten und auch von rechts bis links anerkannten Demokratie, welche alle Volksschichten zur praktischen Mitarbeit an den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten in Staat, Ländern und Gemeinden anzuregen hat, sollen erst durch eine in diesen Jahren tätige Volksbildungsschule geschaffen werden. Gerade in der Zeit, in der die ersten erfolg- und glückverheißenden Anfänge durch Schaffung von Bildungsmöglichkeiten sichtbar werden, bange die deutschen Arbeiter und Angestellten, nicht zuletzt auch die mittleren und unteren Beamten um eine ihrer wichtigsten Erziehungsaufgaben: man beilegt den Achtstundentag.

Vom Standpunkte der Volksbildungs- und Volkshochschularbeit, vom Standpunkte jedweder Kulturarbeit überhaupt, welche zur geistigen und damit auch zur wirtschaftlichen Erleichterung der breiten Masse in immer wachsendem Umfange gefordert wird, muß die Aufhebung des Achtstundentages sogar als Verrat an der vom Volk sich selbst gegebenen Verfassung bezeichnet werden. Es ist für die von geistigen Bedürfnissen erfassten Hand- und Arbeiter schon bei einem achtstündigen Arbeitstag infolge der außerordentlich weit getriebenen Arbeitsteilung und Mechanisierung im Wirtschaftsleben sehr schwer möglich, Kraft und Geistigkeit für geistige Arbeit in Abendstunden, für Einarbeitung in die Probleme unserer Wirtschaft, unserer Volksgemeinschaft und unserer staatlichen Organisationen aufzubringen. Fällt der Achtstundentag zugunsten einer zehnstündigen täglichen Arbeitszeit in die Wirklichkeit eine zwölf- und vierzehnstündige Fesselung bedeutet und den Arbeitnehmer zum Kostgänger in seiner Familie macht, so ist an eine wirklich tiefgründige geistige Betätigung der Arbeitnehmerschaft schlichthin nicht mehr zu denken, und alles, was an Volksbildungs- und Volkshochschularbeit seit den Tagen der neuen Verfassung aufgebaut ist, ist dahin.

Die Unterzeichner, welche als die berufenen Vertreter der in Düsseldorf getätigten Volksbildungsarbeit nicht weniger als hunderttausend Menschen in Kulturorganisationen fest zusammenschließen, halten es für ihre Pflicht, ihre warnende Stimme zu erheben und den lauteften Protest einzulegen, auch weil sie mit weitblickenden Arbeitgebertreibern überzeugt sind, daß gerade eine geistig hochstehende Arbeitnehmerschaft die besten Pioniere sind für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens.

Tariferneuerung für die Gasarbeiter.

Die dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angehörenden Gasarbeiter nahmen am Mittwoch in einer zahlreich besuchten Versammlung in der „Brauerei Königsplatz“ durch Gehner einen Bericht entgegen, dem folgendes zu entnehmen ist: Mit dem 1. Januar 1924 sind die Gaswerke wie auch die Elektrizitätswerke eine Aktiengesellschaft geworden. Die in den Gaswerken beschäftigten Arbeiter haben nun ihr Schicksal selbst zu gestalten. Bestehende Verträge werden von der neuen Gesellschaft übernommen. Zur Aufbesserung der sehr niedrigen Löhne wurden mit der Direktion Verhandlungen geführt, die zu keinem auch nur annähernd befriedigenden Ergebnis führten. Die Forderung der Arbeitsschichten läßt sehr zu wünschen übrig. Nur für einige Gruppen besteht noch die Sechstundenschicht. Die Direktion beharrte darauf, daß gleichzeitig mit der Lohn- und Arbeitszeitfrage auch die Frage des Manteltarifs gelöst werden müsse. Für die Betriebsarbeiter wurden siebenmal acht Stunden Arbeitsleistung gefordert. Die Direktion machte Anfang Januar in einem Schreiben an die Organisation ein Angebot von 44 Pf. Stundenlohn und betonte besonders, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit unbedingt erforderlich sei. Unter keinen Umständen konnte die Organisation einer 55stündigen Arbeitswoche ihre Zustimmung geben. Das letzte Lohnangebot der Direktion liegt bei 46 Pf. Stundenlohn vor. Für die Kohlen- und Koksarbeiter war man bereit, eine geringe Zulage zu zahlen, „wenn dafür bei den Handarbeitern Abstriche erfolgen würden“. In der Frage der Arbeitszeit verfuhr die Direktion mit allen Mitteln Verschleierungsmaßnahmen für die Arbeiter durchzuführen. Nur der aufopferungsvollen Arbeit der Organisation ist es zu danken, wenn grundsätzlich am Achtstundentag festgehalten werden konnte. Die Frage der Akkordarbeit hat bei allen Verhandlungen eine große Rolle gespielt. Bei der Ueberstundenbezahlung will sich die Direktion auf den Reichsmanteltarif berufen, jedoch sollen dort bestehende Verbesserungen nicht in die Vereinbarungen aufgenommen werden. Die Gewährung von Krankengeld und Unfallunterstützung

hat eine Verbesserung gegenüber dem Reichstaxi gebracht. Eine besondere Verschlechterung macht sich bei der Urlaubsbewährung geltend. Das Reichstaxi in ungenügender Richtung in der jetzigen Form nicht aufrecht erhalten zu können. In der Frage des Schlichtungsausschusses, der Anrechnung der Dienstjahre und anderer Dinge bleiben die alten Verhandlungen bestehen. Der Tarif soll wieder auf ein Jahr abgeschlossen werden und wird dann auch für Elektrizität- und Wasserwerke maßgebend sein. Der Redner hat zum Schluß, Fingerzeige zu geben, wie die nächsten Aufgaben bewältigt werden sollten, und darum in den Kreisen der Organisation wieder mehr Rücksicht zu suchen. Bei Einleitend werde es möglich sein die Anträge auf die Rechte der Arbeitnehmerschaft abzumekeln.

Nach eingehender Diskussion fand der nachfolgende Antrag einstimmige Annahme:

„Die Vollversammlung der Gaswerke, u. a., fordert von der Kommission, daß sie unter keinen Umständen über die 48-Stundenwoche bei Schichtarbeitern inf. Pausen hinausgeht. Bei den übrigen Arbeitern und Handwerkern darf die Arbeitszeit 48 Stunden nicht überschreiten. Auch an dem Jubiläumsmarsch darf in seinem Grundrhythmus nicht gerüttelt werden. Jede Akkordarbeit wird abgelehnt.“

Auf Beschluß der Versammlung soll es bei der Urlaubsregelung „Arbeitstage“ heißen.

Achtung, Bekleidungsarbeiter!

Zu unserer Notiz unter vorstehendem Titel in Nr. 21 vom 13. Januar erhalten wir unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Berichtigung:

Es ist falsch, daß ich den Anschein erwecke als ob ich Beiträge für die Mitbestimmung lasse.

Richtig ist, daß ich ehrenamtlich Beiträge im Auftrage der von der Mitbestimmung eingesetzten Kommission lasse und ebenso wie die Kassiere: Ullenthal und Kalberlah ausdrücklich aufmerksam mache, daß es sich um Sperrbeiträge handelt.

Martin Grobis.

Wir geben dieser „Berichtigung“, die ausdrücklich bestätigt, daß die von Grobis, Ullenthal und Kalberlah lasierten Beiträge dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband entgegen zu kommen werden, um so lieber Raum, als damit jeder Zweifel über die uns Wert getehte kommunistische Spaltung behoben ist. Wer also dem übermäßig gewordenen Unternehmertum Hilfe leisten will, der zahle seine Beiträge an die Genannten.

Betriebsräteschule.

In der zweiten Februarwoche beginnt ein neuer Unterrichtsabschnitt unserer Schule. Kurse finden statt im Zentrum, Südböden, Norden und Osten Berlins, ferner in Spandau, Köpenick, Neukölln und Wilmersdorf-Schöneberg. Unterrichtsgebiete sind: Arbeitsrecht, Betriebslehre und Volkswirtschaft sowie allgemeine Fragen der Arbeiterbewegung. Vorgesessene können sich an den beiden Seminaren „Arbeitsrecht“ und „Volkswirtschaftslehre“ beteiligen. Anmeldungen für die Seminare werden nur im Bureau der Betriebsräteschule entgegengenommen. Lehrpläne und Hörerkarten für die übrigen Kurse werden in den Ortsverwaltungen der Arbeiter- und Angestelltenvereine und im Bureau der Betriebsräteschule (Engelke 24/25, 2. Hof, 1) ausgegeben. Vorkursgespräche werden am Montag und Freitag von 4-7 Uhr sowie im Bureau des Ortsrats Berlin des West-Bundes, Belle-Alliance-Str. 7/10, Montag und Freitag von 5-7 Uhr. Nicht nur Betriebsräte und Funktionäre, sondern alle Kollegen und Kollegen werden die Kurse besuchen. Arbeiter! Angehender! Werbet in Euren Betrieben für den Besuch der Schule!

Freiengewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Der Kampf in Rheinland-Westfalen.

Wie aus Essen berichtet wird, scheiterten die letzten Lohnverhandlungen zwischen dem Arbeiterverband der nordwestlichen Gruppe und den drei Metallarbeiterverbänden. Die Metallarbeiter wollten eine größere Spanne zwischen dem Lohn der Hilfsarbeiter und dem der Facharbeiter schaffen. Die Metallarbeiterverbände haben für Freitag den Reichs- und Staatskommissioner zum Schlichtungsanspruch angetreten.

In der Textilindustrie des Münchener-Glabbacher Bezirks ist es nach dem gleichen Maße getrennt zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Textilindustrie zu einer Einigung gekommen. Die Arbeitszeitfrage soll im Sinne der neuen Arbeitszeitverordnung geregelt werden, nötigenfalls durch Schlichtungsmaß, dem sich beide Teile unterwerfen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gahrwiler; Gewerkschaftsbewegung: F. Scherer; Funktionen: R. A. Schärer; Sozial- und Familien: Fritz Kutschke; Nachrichten: H. Glöckel; Redaktion: Berlin; Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H.; Druck: Vorwärts-Verlag; und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 2.

Ständiges Lager
v. u. über
150 Standuhren
in allen
Metz- und Silberten
Schritt. Garantie
Büro- u. Ladenuhren
Wand- u. Küchenuhren
Stopp- u. Antenuhren
Glocken- u. Läuten-Uhren
14 Karat Gold-Armband-
Uhren-Uhren sowie
Hörern-Uhren
Gold. Trauringe
Juwelen, Silber-
kisten nach Gewicht
Alpaka-Bestecke
Karl Wutke
Uhrmachermeister
Juvallidenstr. 16
Ecke Gartenstraße
(Stell. 891)
Gegr. 1920

Wiederverkäufer!
Ich war der billigste und bleibe der
billigste bei bekannter rechter Bedienung!
Marken-Zigaretten!
Mantel, Reemtsma, Josetti, Wenzel
Konstantin, Batschari usw.
Zigarren nur erst-er Häuser!
Rauch-, Kan- und Schnupftabake
Mühlentischstraße 24
Winkel, 1920

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität stets
vorrätig, nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankl. Allee 202
Nähe Jahnh. Lichtenb. Friedhof
Teleph. Lichtenberg 3222

Stechwunde, Nägelwunde, Stiefel-
Sohlenwunde, Schürfwunde, Schnitt-
wunde, alle Hauterkrankungen, Krätze,
Mist usw. unter Tagespreis
Günter, Deutschstr. 15, Reich 62.

Freitag, Sonnabend, Montag große Mengen

RESTE

und Abschnitte fabelhaft billig

Auf 4 Sondertischen im Erdgeschoss

- Tisch 1**
hemdentuch
Roh-Nessel
Bettlamast
Siangenleinen
Bunte
Bettzeuge
Handtuchstoffe
- Tisch 2**
Schürzen-
siamosen
Schürzenwarp
Schürzendruck
hemdenbarchent
Kleiderbarchent
Rockbarchent
- Tisch 3**
Kleiderstoffe
Washmuffelin
Blusenstoffe
Schotten
Halbtuche
Kleiderleinen
- Tisch 4**
Gardinen
Wachstuche
Bänder
Spitzen
Stickerleinen

Mittags 1-3 geschlossen!

Warenhaus

Uru

Geb. A.-G.
Swinemünder Strasse 86
Strassenbahn 99, 41, 4. Ringhöl. Gesundbrunnen
Hochbahn Ullricher Strasse

Marken-Zigaretten
Tabak-Zigaretten Garbay, Halsaux,
Constantin, Karmirly,
Avramiko, Moratti, q-bab u. Tagespr
Arno Gebner, Tabakwaren
Großhandlg.
Werktstr. 21, Teleph. Moabit 2114
Inhaber: Fritz Gebner

Außergewöhnlich billig
Speise-Kerren, einzimmer
Küchen, Gobelinsarmaturen
Eventl. Zahnarztzimmer und
J. Krause, N. Hauptstr.
11 10 48



Das
Gesundheitsbuch der Frau
Von Prof. A. Grotzahn
Mit 100 Bildern
Preis Goldmark 2,-
J. H. W. Dieß Köpfg. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2